



## Geschäftsführung Wirtschaftsausschuss

Frau Doberitz

Telefon: (0221) 25507

Fax: (0221)

E-Mail: uta.doberitz@stadt-koeln.de

Datum: 26.11.2018

### Niederschrift

über die **Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Freitag, dem 16.11.2018, 13:40 Uhr bis 14:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender

Herr Jörg van Geffen SPD

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Elisabeth Thelen	GRÜNE
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Herr Dr. Martin Schoser	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Herr Berndt Petri	DIE LINKE

#### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite	FDP	in Vertretung für RM Claudia Klein
Herr Stefan Götz	CDU	in Vertretung für RM Claudia Heithorst
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	in Vertretung für RM Dr. Jürgen Strahl
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	in Vertretung für RM Andreas Pöttgen

#### Beratende Mitglieder

Herr Dr. Viktor Heese	auf Vorschlag der AfD
Herr Wolfgang Jehle	auf Vorschlag der Grünen
Herr Wolfgang Lindweiler	auf Vorschlag von DIE LINKE

#### Verwaltung

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

## **Gleichstellungsbeauftragte**

Frau Petra Engel

## **Schriftführerin**

Frau Anne Geyer

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU	vertreten durch RM Dr. Walter Gutzeit
Herr Andreas Pöttgen	SPD	vertreten durch RM Karl-Heinz Walter
Frau Claudia Heithorst	CDU	vertreten durch RM Stefan Götz
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE	
Frau Claudia Klein	FDP	vertreten durch RM Ulrich Breite

## **Beratende Mitglieder**

Herr Eugen Litvinov	Integrationsrat
Herr Dr. Hermann Hollmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Hermann Jutkeit	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Witich Roßmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Markus Sterzl	auf Vorschlag der SPD
Herr Nicolai Lucks	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Tewes	auf Vorschlag der CDU
Herr Andreas Lohaus	auf Vorschlag der Grünen
Herr Rainer Schäfer	auf Vorschlag der Grünen
Herr Thorsten Rensing	auf Vorschlag der FDP

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Abdullah Aydik	Integrationsrat
---------------------	-----------------

Herr van Geffen begrüßt die Anwesenden zur Sondersitzung und fragt die Mitglieder, ob sie mit der Tagesordnung in der Fassung von 10.48 Uhr einverstanden sind oder ob es Bedenken oder Änderungswünsche gibt.

Der Ausschuss ist mit der Tagesordnung einverstanden und beschließt sie in der vorliegenden Form.

Da sich alle Tagesordnungspunkte mit der Gründung der Wirtschaftsförderungs GmbH befassen, ruft Herr van Geffen alle Punkte gleichzeitig auf und erteilt in einer ersten Runde den Fraktionen nacheinander das Wort. Im Anschluss soll die Verwaltung Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Danach werde man das weitere Prozedere beschließen.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung**

1.1 Fragen zur beabsichtigten Gründung einer "KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH"  
AN/1600/2018

1.1.1 Fragen zur beabsichtigten Gründung der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH  
3742/2018

#### **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

2.1 Wirtschaftsförderung stärken statt privatisieren!  
AN/1640/2018

#### **3 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen**

3.1 Gründung der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH  
2218/2018

#### **4 Mündliche Anfragen**

## **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung**
- 1.1 Fragen zur beabsichtigten Gründung einer "KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH"  
AN/1600/2018**
- 1.1.1 Fragen zur beabsichtigten Gründung der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH  
3742/2018**
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 2.1 Wirtschaftsförderung stärken statt privatisieren!  
AN/1640/2018**
- 3 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen**
- 3.1 Gründung der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH  
2218/2018**

Herr Joisten erinnert an den gegen die Stimmen der SPD-Fraktion gefassten Ratsbeschluss im Dezember 2017. Die daraus folgende heutige Vorlage sei mit erheblicher Verspätung von der Verwaltung vorgelegt und gebe entgegen den Erwartungen keinerlei Auskunft über die Vorteile, die eine GmbH mit sich bringen soll. Es handele sich bei der Vorlage lediglich um die technische Abhandlung, die für die Umwandlung vom Amt in die GmbH notwendig sei.

Eine Stärkung der Aufgabe durch größere finanzielle Mittel hätte man auch Sinn stiftend in das Amt geben können. Stattdessen werden nun durch die GmbH sowohl einmalig als auch dauerhaft höhere Aufwendungen verursacht, ohne das damit eine höhere Zielerreichung bewirkt wird. Seine Fraktion könne der Vorlage nicht zustimmen. Stattdessen hat sie den unter TOP 2.1 in die Tagesordnung aufgenommenen Änderungsantrag gestellt.

Alle Fragen, die sich seiner Fraktion zu der Vorlage der Verwaltung stellen, sind schriftlich formuliert und sollen als mündliche Anfrage aufgenommen werden.

*Anmerkung zur Niederschrift: Die Fragen der SPD-Fraktion sind der Vorlage 2218/2018 als Anlage 7 hinzugefügt worden.*

Frau Sommer begrüßt im Namen der CDU-Fraktion die vorlegte Beschlussvorlage und bedankt sich für die dezidierten Informationen.

Herr Frank betont, dass es einen Grundsatzbeschluss des Rates über die Gründung einer Wirtschaftsförderungs GmbH gibt. Mit der vorliegenden Beschlussvorlage kann nur noch über das Wie, aber nicht mehr über das Ob entschieden werden. Im Be-

schluss aus dem Dezember 2017 seien die Vorzüge der GmbH ausreichend dargestellt worden. Das Wie müsse nun ausreichend diskutiert werden. Daraus werden sich dann Änderungen an der Vorlage ergeben. Ziel sei eine Entscheidung in der Ratssitzung am 18.12.2018.

Herr Lindweiler beschreibt das Kernversprechen der GmbH-Befürworter mit einer Beschleunigung der Abläufe, eine deutlich verbesserte Stellenausstattung, insbesondere im Bereich des Unternehmens-Service und der Ansiedlungsberatung. Er kritisiert, dass von den zusätzlichen 21,15 Stellen nur 1,5 Stellen in diesem vorgenannten Kernbereich zugesetzt werden. Dem gegenüber steht neben beihilfe- und steuerrechtlichen Risiken eine deutlich höhere Belastung des städtischen Haushalts. Außerdem wird mit der GmbH-Gründung die bereits in dem Gutachten von BCG als kritisch eingestufte Kommunikation mit anderen Ämtern der Stadtverwaltung nicht verbessert, sondern durch die Einrichtung der herausgehobenen Dienststelle, über deren Anbindung auch noch Unklarheit besteht, noch weiter belastet.

Herr Breite betont, dass sich die GmbH nach ihrer Gründung weiterhin zu 100% in städtischem Besitz befindet. Er verweist als Antwort auf die Redebeiträge von Herrn Lindweiler und Herrn Joisten auf die als GmbH arbeitenden Wirtschaftsförderungen in Berlin und Hamburg.

Frau Reker entschuldigt sich für die späte Einbringung der Vorlage, die Verwaltung habe auf die verbindliche Auskunft der Finanzverwaltung hinsichtlich der Umsatzsteuerproblematik gewartet. Es gehe nicht nur um Personalzusetzungen, sondern um eine andere Art der Umsetzung der Aufgabe. Sie sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu. Die Anbindung der Stabstelle erfolge bei dem für Wirtschaft zuständigen Dezernat. Auf die Nachfrage, welches das sein wird, verweist Frau Reker auf die Zuständigkeit des Rates, den Dezernatsverteilungsplan zu beschließen. Die Stabstelle werde eine Lotsenfunktion übernehmen. Frau Reker bittet darum, Fragen so rechtzeitig einzureichen, dass die Verwaltung darauf reagieren kann.

Herr Joisten nimmt Stellung und verweist nochmals auf den Ratsbeschluss aus dem vergangenen Dezember, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, ein Konzept zu erstellen. Dies sei für ihn etwas anderes als dem Rat einen Gesellschaftervertrag vorzulegen. Aus der aktuellen Vorlage gehe nicht hervor, was sich an der Leistungserbringung entscheidend ändern soll. Er stellt die Frage, warum eine privatrechtliche Organisationsform die Lösung für die Schnittstellenprobleme innerhalb der Verwaltung sein soll. Die gewünschte finanzielle Flexibilität sei durch die beihilferechtliche Deckelung nicht gewährleistet.

Herr Frank stellt folgende Fragen, deren Beantwortung zur nächsten Sitzung die Grundlage für eine Entscheidung sein:

1. Welche finanziellen Auswirkungen auf die Gesellschaft bzw. den Stadthaushalt hat eine erwartbare Umsatzsteuerpflicht der Personalgestellung ab 2021?
2. Die Freistellung von Ausgleichszahlungen soll 15 Mio. Euro p.a. nicht übersteigen:
  - a. Wie kommt diese Limitierung zustande?
  - b. Warum verfügen Wirtschaftsförderungsgesellschaften anderer Kommunen laut BCG-Untersuchung aus 2017 über höhere Zuschüsse als 15 Mio. Euro?
  - c. Wie gestaltet sich das Vorgehen der Verwaltung, sofern der Zuschussbedarf in den nächsten Jahren durch Ausweitung der Geschäftstätigkeit das Limit von 15 Mio. Euro übersteigt?
3. Können Sie bitte den Aufbau der GmbH und der herausgehobenen Dienststelle näher darstellen, z.B. in Form eines Organigramms und einer Schnittstellenbeschreibung?

Herr Petri stellt in Frage, dass sich die Qualität der Arbeitsergebnisse angesichts der zu erwartenden Reibungsverluste wirklich mit einer Auslagerung erhöhen lässt.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) berichtet, dass er mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein unverbindliches Gespräch geführt habe, um auszuloten, wie sich die Wechselbereitschaft darstellt. Niemand habe zum derzeitigen Zeitpunkt ausgeschlossen, in die GmbH zu wechseln. Es bestehe jedoch insbesondere bei den Mitarbeitenden des Unternehmens-Service eine Skepsis. Viele Fragen sowohl des Personals wie auch des Ausschusses könnten erst nach der Gründung der GmbH und der Bestellung der Geschäftsführung beantwortet werden. Umso wichtiger sei eine zeitnahe Beschlussfassung.

Herr van Geffen schlägt zum weiteren Verfahren vor, den Beratungsbedarf ernst zu nehmen und die Vorlage in die nächste reguläre Sitzung zu schieben.

Herr Frank betont die inhaltliche Zuständigkeit des Ausschusses, die einen heutigen Beschluss „ohne Votum in die nächsten Gremien“ nicht zulässt.

#### **4 Mündliche Anfragen**

Im öffentlichen Teil der Sitzung wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

gez. van Geffen

Ausschussvorsitzender

gez. Doberitz

Schriftführerin